Curia Vista - Geschäftsdatenbank

09.4226 – Interpellation

Regierungsreform oder 9 statt 7. Mehr Leadership und Stärkung der politischen Führung und der Konkordanz?

Eingereicht von	Fiala Doris
Einreichungsdatum	10.12.2009
Eingereicht im	Nationalrat
Stand der Beratung	Im Plenum noch nicht behandelt

Eingereichter Text

Ich bitte den Bundesrat um die Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Wie beurteilt er heute die Möglichkeit, die Zahl der Bundesräte von sieben auf neun zu erhöhen (wie bereits einmal vom Ständerat gefordert) und das Präsidium auf mehrere Jahre zu wählen? Inwiefern glaubt der Bundesrat, dass eine solche Regierungsreform die einzelnen Bundesräte entlasten würde? Glaubt er, dass "Neun statt sieben" die Konkordanz stärken könnte? Glaubt er zudem, dass das Kollegialitätsprinzip gestärkt würde? Glaubt er, dass ein starker Bundespräsident mit Weisungsrecht mehr Leadership und zudem eine bessere Vernetzung mit Amtskollegen im Ausland bewirken könnte?

2. Wie beurteilt er bei "Neun statt sieben" die Chancen und Gefahren, das Präsidium durch das Volk wählen zu lassen?

3. Wie beurteilt er demgegenüber die Möglichkeit der Staatsleitungsreform im Sinne der Schaffung von mehreren Staatssekretären, welche mit entsprechenden Kompetenzen und Verantwortlichkeiten auszustatten wären? Inwiefern wäre es aus der Sicht des Bundesrates nötig, die Staatssekretäre so zu definieren, dass sie in einer auch vom Ausland respektierten Stellung sind, quasi im Rang eines Ministers mit entsprechenden Verantwortlichkeiten und Kompetenzen? Wie sähe der Bundesrat die Auswirkung einer solchen Reform für die Konkordanz und für das Kollegialsystem sowie betreffend die Stärkung der Leadership-Fähigkeiten des Regierungssystems, insbesondere auch der Crisis Leadership?

Begründung

Was einst für unser Land perfekt gewesen sein mag, genügt heute offensichtlich nicht mehr. Unter dem massiv steigendem Druck globaler Probleme und Herausforderungen und aufgrund wachsender Aufgaben ist es zwingend, das aktuelle Regierungssystem zu überprüfen; das Regierungssystem mit sieben Bundesräten und einem für ein Jahr gewählten Bundespräsidium wird den Anforderungen nach mehr Leadership und insbesondere auch stärkerer Crisis Leadership nur schwer gerecht. Nicht nur die

Finanzkrise, der Druck auf das Bankgeheimnis, der Steuerstreit mit dem Ausland, der Flughafen Zürich, die Libyen-Affäre, sondern auch die neuen Risiken, d. h. die asymmetrischen Bedrohungen wie Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Cyber Crime oder Pandemien, verlangen ein Denken "out of the box".

Antwort des Bundesrates vom 17.02.2010

Der Bundesrat hat im August 2009 eine Grundsatzdiskussion über die Staatsleitungsreform geführt und ist dabei zum Schluss gelangt, dass Reformbedarf besteht. Er hat das EJPD beauftragt, ihm in Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlei bis Frühling 2010 eine Zusatzbotschaft zur Staatsleitungsreform zu unterbreiten. Die Reformvorschläge sollen insbesondere Massnahmen beinhalten, mit denen die Wahrnehmung der Regierungsfunktion durch das Kollegium gestärkt werden kann.

1. Im Rahmen der Arbeiten für die Zusatzbotschaft zur Staatsleitungsreform werden auch eine längere Amtsdauer des Bundespräsidiums sowie weitere Massnahmen zur Stärkung seiner Stellung näher geprüft. Eine Erhöhung der Anzahl Bundesratsmitglieder steht hingegen nicht im Vordergrund der Reformarbeiten. Nach Ansicht des Bundesrates würden mehr Bundesratsmitglieder nicht zu einer Stärkung des Kollegialitätsprinzips führen, sondern vielmehr eine Verkomplizierung der Verfahrensabläufe in sachlicher und zeitlicher Hinsicht mit sich bringen.

2. Für den Bundesrat stellt eine Erhöhung der Anzahl Bundesratsmitglieder derzeit keine Option dar.

3. Im Rahmen der Arbeiten für die Zusatzbotschaft zur Staatsleitungsreform soll auch die Staatssekretärenfunktion näher geprüft werden. Der Bundesrat möchte seine Überlegungen hierzu nicht vorwegnehmen.

Dokumente

Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle

Chronologie / Wortprotokolle

Datum	Rat	
19.03.2010	NR	Die Diskussion wird verschoben.

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

Mitunterzeichnende (62)

Allemann Evi Amstutz Adrian Aubert Josiane Bänziger Marlies Bäumle Martin Borer Roland F. Brunschwig Graf Martine Bugnon André Cassis Ignazio Caviezel Tarzisius Darbellay Christophe Eichenberger-Walther Corina Fehr Jacqueline Fehr Mario Flückiger-Bäni Sylvia Fluri Kurt Füglistaller Lieni Giezendanner Ulrich Girod Bastien Glauser-Zufferey Alice Glur Walter Graf Maya Grin Jean-Pierre Haller Vannini Ursula Hassler Hansjörg Hiltpold Hugues Hochreutener Norbert Hodgers Antonio Huber Gabi Ineichen Otto Joder Rudolf Kaufmann Hans Kleiner Marianne Lang Josef Loepfe Arthur Lüscher Christian

Malama Peter Markwalder Christa Marra Ada Meier-Schatz Lucrezia
Meyer-Kaelin Thérèse Moret Isabelle Moser Tiana Angelina Noser Ruedi
Perrin Yvan Pfister Gerhard Pfister Theophil Prelicz-Huber Katharina
Reymond André Rime Jean-François Schenker Silvia Schibli Ernst
Schmid-Federer Barbara Theiler Georges Tschümperlin Andy Vischer Daniel
von Siebenthal Erich Walter Hansjörg Wasserfallen Christian Wehrli Reto
Weibel Thomas Zemp Markus

Deskriptoren: Hilfe

Regierungsreform Zahl der Regierungsmitglieder Regierungspräsident/in Führung
Präsidentschaftswahl Konkordanzdemokratie Kollegialitätsprinzip Volkswahl
Staatssekretär/in Kompetenzregelung

Ergänzende Erschliessung:
04

Zuständig

Justiz- und Polizeidepartement
(EJPD)

© Das Schweizer Parlament / CH - 3003 Bern, Impressum, Disclaimer